

Aufarbeitung jetzt: Konsequenzen aus der Studie „Sexuelle Gewalt an Minderjährigen im

Erzbistum Paderborn. Eine historische Untersuchung (1941–2002)“

Die am 12. März 2026 veröffentlichte Studie zu sexueller Gewalt¹ an Minderjährigen im Erzbistum Paderborn Teil I (1941-2002) macht erneut das Ausmaß des Leids der Betroffenen sowie das institutionelle Versagen der Kirche aber auch vom Staat deutlich. Sie zeigt, dass sexuelle Gewalt durch strukturelle Rahmenbedingungen, Wegschauen und Schweigen vieler Menschen nicht nur begünstigt, sondern auch ermöglicht wurde.

Daher bekräftigen wir den Beschluss „Aufarbeitung jetzt: Für eine Kirche ohne Gewalt“ der BDKJ-Diözesanversammlung 2025 und konkretisieren ihn vor dem Hintergrund der Veröffentlichung der Studie „Sexuelle Gewalt an Minderjährigen im Erzbistum Paderborn. Eine historische Untersuchung (1941-2002)“.

Angesichts der neuen Erkenntnisse stellen wir fest:

Weiterhin eine konsequente Ausrichtung an den Betroffenen

Durch die Veröffentlichung der Studie wurde den Betroffenen ein fester Platz in der Geschichte gewährt. Die sexuelle Gewalt ist nun ein unveränderbarer Teil der Bistumsgeschichte und erfährt eine notwendige Sichtbarkeit. Jedoch kann die Veröffentlichung der Studie nur ein weiterer Schritt auf einem langen Weg der Aufarbeitung sein.

Wir fordern die Perspektive der Betroffenen in allen Aufarbeitungsprozessen in den Mittelpunkt zu stellen. Es braucht eine verbindliche Anerkennung des erlittenen Leids und beschleunigte Anerkennungsverfahren. Wir begrüßen, dass in der Veröffentlichung die Betroffenenvertretung so intensiv einbezogen wurde.

Verbindliche Konsequenzen aus der Studie

Die Studienergebnisse dürfen nicht folgenlos bleiben. Sie liefern eine erforderliche Grundlage, um aufzuarbeiten. Wir erwarten eine intensive Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und verbindliche Konsequenzen von der Bistumsleitung sowie den bistumsinternen Fachstellen für Interventions- und Präventionsarbeit. Das benötigt entsprechende fachliche und personelle Ressourcen. Eine transparente Kommunikation über Fortschritte und Defizite in der Aufarbeitung sowie die stetige Weiterentwicklung der Präventions- und Interventionsarbeit im Erzbistum Paderborn sind notwendig, damit Kirche ein sicherer Ort für junge Menschen sein kann.

Außerdem erwarten wir, dass das pastorale Personal zum Umgang mit der Studie in der Fläche des Erzbistums angehalten wird, denn es braucht Haltung und Sprachfähigkeit. Die Thematik soll zudem sowohl in der Ausbildung des pastoralen Personals als auch der Priester intensive Berücksichtigung finden.

Aufarbeitung institutionellen Versagens

Die Studie zeigt deutlich, wie strukturelle Ursachen und systemisches Versagen in Kirche, Staat und Gesellschaft sexuelle und spirituelle Gewalt ermöglicht haben, insbesondere durch die sogenannten „Vertuschungsspiralen“. Daher fordern wir, bestehende Machtstrukturen kritisch zu analysieren und zu verändern sowie Mechanismen der Vertuschung aktiv aufzubrechen. Grundlegend hierfür ist die verbindliche Umsetzung der Beschlüsse vom Synodalen Weg. Die Teilung von Macht,

gute Beschwerdestrukturen und echte Partizipationsmöglichkeiten auf allen Ebenen sind Voraussetzung, um jegliche Formen von Gewalt zu verringern.

Obwohl nur das Priesteramt in der aktuellen Studie untersucht wurde, fordern wir, dass alle ehrenamtlich, hauptamtlich und hauptberuflich Wirkenden in Kirche die Erkenntnisse ernst nehmen und die jeweilige eigene Struktur reflektieren.

Theologie darf kein Schutzraum für Machtmissbrauch sein

Wir fordern die kritische Überprüfung theologischer, vor allem dogmatischer und kirchenrechtlicher Positionen im Licht der Erkenntnisse der Studie. Wo Lehren, Ämterstrukturen oder kirchliche Machtordnungen Machtkonzentration, fehlende Kontrolle oder Abhängigkeiten begünstigen, müssen Veränderungen möglich sein. Dies gilt insbesondere für Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, der Sexualmoral, des Weiheamtes und der hierarchischen Verfasstheit der Kirche.

Sexuelle Bildung stärken

Die PräNRW-Studie zeigte bereits 2024 bisherige Potenziale der Präventionsarbeit auf. Wir setzen uns daher weiterhin dafür ein, sexuelle Bildung auszubauen, um junge Menschen in ihrer Selbstbestimmung zu stärken, wie es auch der Präventionsordnung zu entnehmen ist. Es braucht starke Netzwerke und Bündnisse, um dem gesamtgesellschaftlichen Auftrag für Kinderschutz nachzukommen. Die Erkenntnis der Studie, dass noch zu wenig Partizipation in kirchlichen Strukturen gelebt wird, nehmen wir ernst und bringen dieses Thema gegenüber der Bistumsleitung ein.

Verantwortung von Staat und Gesellschaft

Die Studie zeigt klar, dass auch der Staat und die Justiz an vielen Stellen versagt haben. Auch hier fordern wir eine konsequente Aufarbeitung. Wir befürworten, dass das Land NRW seit dem Frühjahr mit Petra Ladenburger eine eigene Beauftragte für Kinderschutz und Kinderrechte hat. Die Arbeit der Aufarbeitungskommission beobachten wir weiterhin aufmerksam.

Selbstverpflichtung des BDKJ

Wir verpflichten uns, weiterhin eine kritische und konstruktive Stimme in Aufarbeitungsprozessen, sowohl innerhalb des Erzbistums und im BDKJ selbst als auch gegenüber staatlichen Institutionen zu sein. Auch Jugendverbände werden in der Studie genannt und sind Teil der Machtdynamiken gewesen. Diesen Aspekt nehmen wir ernst und arbeiten kritisch an unseren eigenen Strukturen.

Wir werden die Umsetzung der hier benannten Forderungen aktiv und kritisch begleiten. Missstände werden wir öffentlich und konstruktiv in den Kooperationen zum Bistum und in unseren Kontaktgesprächen benennen. Wir positionieren uns weiterhin klar an der Seite der Betroffenen. Wir schauen interessiert auf den Beginn der eigenen Aufarbeitungsstudie des BDKJ-Bundesverbandes im Sommer 2026 und werden uns an den entsprechenden Stellen dort einbringen.

Wir erkennen die gute Begleitung der Bistumsleitung im Rahmen der Vorstellung und Veröffentlichung an und erwarten dies ebenso beim zweiten Teil der Studie, welcher die Amtszeit von Erzbischof em. Hans-Josef Becker (2003-2022) umfasst. Auch diese werden wir im nächsten Jahr eng begleiten und die Maßnahmen des Erzbistums kritisch verfolgen.

Als katholischer Dachverband sehen wir eine Verantwortung darin, an diesen Prozessen mitzuarbeiten und so Kirche mitzugestalten. Wir möchten daran

mitwirken, dass die Kirche auch als gesamtgesellschaftliche Instanz wieder ernstgenommen und verlorengegangenes Vertrauen langfristig wieder aufgebaut werden kann.

[1] Obwohl wir in unserer Präventionsarbeit den Begriff *sexualisierte Gewalt* bevorzugen, orientieren wir uns in diesem Antrag an der Terminologie der Studie und verwenden daher den Begriff *sexuelle Gewalt*.

Beschlossen von der BDKJ-Diözesanversammlung vom 03.- 05. Juli 2026